

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Rathausplatz 3/4 – 45657 RE

Bürgermeister Tesche
- Im Hause -

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Recklinghausen**

Rathaus - Rathausplatz 3/4
45657 Recklinghausen

Telefon 02361 - 50 1050
B90_gruene.fraktion@recklinghausen.de

Unser Zeichen
HF/ AT

Datum
27.08.2018

Antrag: Wohnen und Mobilität zukünftig bei Bauvorhaben zusammen denken

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tesche,

hiermit bitten wir Sie, folgenden Antrag unserer Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Der Rat beschließt, dass bei zukünftigen großen Bauvorhaben ein Mobilitätskonzept Teil des jeweiligen Bebauungsplans sein soll. Die Ausgestaltung und Finanzierung eines möglichen Mobilitätsmanagements sollte in einem Durchführungsvertrag zum städtebaulichen Vertrag gesichert werden.

Zugeparkte Straßenränder und das tägliche Suchen nach einem Parkplatz beeinträchtigen immer mehr die Qualität unseres öffentlichen Raums. Trotz dieser sichtbaren Probleme wird die Ausgestaltung der Quartiere unserer Stadt aber nach wie vor vom Verkehr und seiner Infrastruktur bestimmt. In Zukunft muss uns bei neuen Bauvorhaben eine verträgliche Lösung gelingen, um Wohn- und Mobilitätsbedürfnisse auf knapper Stadtfläche unter einen Hut zu bekommen.

Mobilität und Wohnungsbau sollten zukünftig zusammen gedacht werden. Neubauvorhaben, wie z.B. der Bebauungsplan Dortmunder Straße/Canisiusstraße oder auch das auf dem Trabrennbahn-Areal, sollten von Beginn an ein Mobilitätskonzept beinhalten. Der Umweltverbund müsste das Rückgrat der Verkehrsanbindung sein, ergänzt um vielfältige multimodale Verknüpfungspunkte. So müsste die Fahrradinfrastruktur zum Quartier konsequent ausgebaut werden, innerhalb des Viertels ein dichtes Fuß- und Radverkehrsnetz entstehen, im Quartier Stationen eines Fahrradvermietensystems existieren sowie eine bestimmte Anzahl von Car-Sharing-Fahrzeuge fußläufig zur Verfügung stehen und E-Ladesäulen im öffentlichen Straßenraum aufgebaut werden. In einigen Städten, die bereits zeigen, wie es geht, können Mieterinnen der kommunalen Wohnungsbauunternehmen vier Stunden pro Woche sogar ein E-Fahrzeug kostenlos nutzen.



Der zentrale Baustein für die Zukunft ist aber die Entkoppelung von Wohnen und Kfz-Parken und das Begrenzen des privaten Stellplatzangebots pro Wohnung. Die Stellplätze für private Pkw sollten sich weitestgehend in Sammelgaragen – in sogenannten Quartiersgaragen – am Gebietseingang befinden und so den Innenbereich von fahrenden und parkenden Autos freihalten. Verbunden sollte dies mit einem konsequenten Parkraummanagement. Ähnlich wie bei z.B. der Lincoln-Siedlung in Darmstadt, könnte eine Mobilitätszentrale im Quartier verankert werden, die an zwei Tagen pro Woche mit einer Person besetzt ist. Diese berät rund ums Thema Mobilität in der Siedlung und hilft beim Buchen der Mobilitätsangebote. Die Ausgestaltung und Finanzierung solch eines Mobilitätsmanagement müsste in einem Durchführungsvertrag zum städtebaulichen Vertrag gesichert werden. Somit finanzieren dann alle Bauherren – kommunale, öffentliche wie private Wohnungsunternehmen – das Mobilitätsmanagement mit.

Mobilitätskonzepte machen Menschen vom eigenen Auto unabhängig und beschränken den Kfz-Verkehr auf ein notwendiges Minimum. Eine Verminderung der Kfz-Stellplätze und das Parkraummanagement lassen knappe innerstädtische Flächen frei für eine nachhaltige und umweltfreundliche Stadtentwicklung.

Mit freundlichen Grüßen

Holger Freitag
Fraktionsvorsitzender